

pro + kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Mehrwertsteuer, Krankenkassenbeiträge, Bahntarife, Kanalgebühren:

Rigoroser Großangriff auf den Geldbeutel der kleinen Leute

Das neue Jahr hat mit einer Kanonade auf die Einkommen der Verbraucher begonnen. Als schwerstes Geschütz erweist sich dabei die Mehrwertsteuer, die seit 1. Januar von 16 auf 19 Prozent gestiegen ist. Noch wird der Preisschock etwas gedämpft durch diverse Rabattaktionen, Fachleute geben aber zu, dass sich die MWSt-Erhöpfung nach einer Übergangszeit voll auf die Preise auswirken wird. Rund 18 Milliarden Euro haben die Haushalte dadurch weniger in der Kasse, etwa 190.000 Arbeitsplätze sind in den nächsten Jahren bedroht, weil die Kaufkraft sinkt.

Die Steigerung der Rentenbeiträge von 19,5 auf 19,9 Prozent und die Anhebung der Krankenkassenbeiträge (bei der

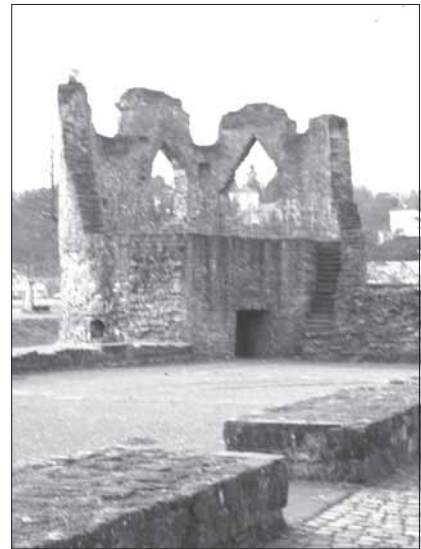
AOK um 1,2 Prozent) trifft vor allem die Arbeitnehmer. Auch die Bahn ist mit einer Preiserhöhung (bis zu 5,6 Prozent) dabei, wenn es ums Abzocken der Verbraucher geht. Ganz zu schweigen von den Belastungen durch höhere Versicherungssteuern, Kürzung der Pendlerpauschale, der Sparerfreibeträge usw. Nicht zu vergessen, dass sich bei diesem Großangriff auf den Geldbeutel der kleinen Leute die Kommunen kaum zurückhalten. So hat der Stadtrat in seiner Dezember-Sitzung beschlossen, die Abwassergebühren ab 1. Januar zu erhöhen und, wenn die vom EVS geplante Erhöhung des Verbandsbeitrages durchgeht, diese ohne viel Federnlesen an die Bürger weiter zu geben.

DKP-Fraktion startete zweite Halbzeit

Mit Neujahrsempfang begann das Jahr 2007 für die Püttlinger Kommunisten



Über 40 Teilnehmer konnte Franz Hertel beim Neujahrsempfang der DKP-Fraktion begrüßen. Mit dem neuen Jahr, so der Redner, habe die zweite Halbzeit der Rats-tätigkeit begonnen. Die Püttlinger DKP wolle alles tun, um auch diese Arbeitsperiode erfolgreich zu gestalten.



Eine ansehnliche Kulisse für unterschiedlichste Veranstaltungen bietet die Burganlage Bucherbach, zuletzt beim Weihnachtsmarkt. Gerade da gab es aber Klagen, weil der Ostturm (Foto) undicht ist und Wasser durch die Decke dringt. Der darunter befindliche Raum kann deshalb nicht genutzt werden. Die DKP-Fraktion hat die Verwaltung auf diesen Mangel hingewiesen und um Maßnahmen gebeten, damit die Burganlage vor einem weiterem Verfall geschützt wird.

DKP für politische Wende:

Bürgermeister und seine CDU glauben weiter an's Sparen

Der Bürgermeister sah einen „Silberstreif am Horizont“ und sein CDU-Adlatus sprach von „verbesserten Rahmenbedingungen“. Aber der DKP-Sprecher konnte diesen „Einschätzungen“ nicht folgen und erinnerte daran, dass eine Schwalbe noch keinen Sommer macht.

So unterschiedlich waren die Meinungen, als es im Stadtrat um den Haushaltsplan für 2007 ging. Während die Mehrwertsteuer-Partei stark auf Zweckoptimismus machte und einen Ausweg nur in weiterem Sparen sah, versuchte Franz Hertel wieder einmal, einige Kernpunkte der kommunalen Notlage beim Namen zu nennen. Am Ende der Diskussion stimmte die DKP gegen den Haushaltsplan 2007.

(Lesen Sie auf Seite 3 einiges mehr zu diesem wichtigen Thema.)

Ratsmitglied Schwindling erklärt für die DKP-Fraktion:

Diese Erhöhung passt nicht in die Zeit

Wie die SZ am 5.12.06 informierte, will der Entsorgungsverband Saar (EVS) die Abwassergebühren für die saarländischen Haushalte um bis zu 30 Prozent in den nächsten sechs Jahren erhöhen. Demnach soll der einheitliche Verbandsbeitrag zunächst um 6 Prozent auf 2,45 Euro pro Kubikmeter Frischwasser steigen, aber noch ist die Entscheidung darüber offen.

Dessen ungeachtet forderte die Verwaltung den Stadtrat in der Dezember-Sitzung auf, eine Änderungssatzung zu beschließen. Sie beinhaltet eine Gebührenerhöhung für Schmutzwasser um rd. 3 und für Niederschlagswasser um 4 Prozent. Wird der einheitliche EVS-Beitrag erhöht, soll diese Anhebung postwendend an die Verbraucher weitergegeben werden. Die DKP stimmte gegen diesen Vorschlag, während die übrigen Fraktionen sich den „Sachzwängen“ beugten und der neuerlichen Belastung der Bürger ihren Segen gaben.

Für die DKP sprach Hans Schwindling, wobei er davon ausging, dass der Abwasserbetrieb nach dem so genannten Kostendeckungsprinzip geführt werde. Das führe immer wieder zu Gebührenerhöhungen und fördere die Tendenz, diese öffentliche Einrichtung in zunehmendem Maße wie ein privatkapitalistisches Unternehmen zu führen. Dagegen habe die DKP schon immer Bedenken gehabt. Da Wasserwerke und Abwasserbetriebe für den nicht gewerblichen Bereich eine soziale Funktion zu erfüllen haben, müssten sie ebenso wie Rathäuser, Finanzämter, Schulen usw. vornehmlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.



Da die Abwassergebühren zu etwa 70 Prozent durch den einheitliche Verbandsbeitrag des EVS bestimmt würden, sei Kritik an den Gebühren vor allem an diese Adresse zu richten. Wie Hans Schwindling betonte, habe der EVS wichtige Investitionen jahrelang vor sich hergeschoben. Zum Teil seien überdimensionale Anlagen gebaut worden, für welche die Verbraucher nun blechen müssen.

Als „schizophren“ bezeichnete es der DKP-Redner, dass man jahrelang an die Verbraucher appelliert habe, mit den Ressourcen, vor allem mit dem kostbaren Gut Wasser, sparsam umzugehen und jetzt bestrafe man sie dafür: Trotz rückläufigem Wasserverbrauch sollen die Abwasserkosten weiter steigen.

Auch angesichts der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent sei es kontraproduktiv, noch weitere Erhöhungen zu beschließen, denn dies bedeute eine weitere Einschränkung der Kaufkraft der kleinen Leute.



Auf dem Neujahrsempfang der DKP-Stadtratsfraktion hielt Artur Moses, Bezirksvorsitzender der DKP im Saarland, eine Ansprache, in der er über aktuelle Aufgaben sprach und dabei den Kampf gegen Sozialabbau betonte.

Abwassergebühren steigen immer drastischer:

Bürger sind wütend über den EVS

Die EVS-Geschäftsführung will langfristig die Abwassergebühren vom Frischwasserverbrauch abkoppeln. Künftig könnte sich der Preis aus einer Grundgebühr plus einem verbrauchsabhängigen Arbeitspreis errechnen. Auch in diesem Falle sind Erhöhungen nicht auszuschließen. Schon jetzt führt die EVS-Preispolitik zu Unverständnis bei den Bürgern, wie zwei (gekürzte) Leserbriefe aus der Zeitung beweisen.

D.B. Überherrn in SZ vom 22.12.06:

Es ist unglaublich. Da haben die schlaunen Leute des Entsorgungsverbandes (EVS) errechnet, dass wir Bürger bis 2012 rund 30 Prozent mehr für Abwasser bezahlen sollten. Der Grund: Seit Jahren sinkt der Wasserverbrauch, ein Rückgang um 14,5 Prozent. Wir sind uns bewusst, dass der enorme Wasserverbrauch für unsere Umwelt nicht förderlich ist. Jetzt kommt der Hammer: Bis 2012 werden die Kunden kräftig zur Kasse gebeten.

Man fragt sich: Ist die Welt noch in Ordnung? Braucht der EVS zwei hoch dotierte Geschäftsführer? Warum zahlen die großen Firmen keine Kanalgebühren? Es ist richtig, sie haben eigene Kläranlagen. Aber läuft ihr Abwasser nicht durch die gemeindeeigenen Kanäle?

K.B. Püttlingen in SZ vom 9.1.07:

Eine Gebührenerhöhung droht, weil wir Abwasser vermindert haben. Ein schlechter Witz? Nein, eine glatte Frechheit! Der Entsorgungsverband (EVS) will die Abwassergebühren erhöhen, weil der Wasserverbrauch abnimmt. Da

fordern Politiker die Bürger seit Jahren zum Sparen auf, appellieren an das Umweltbewusstsein. Mit Erfolg. Die Bürger gehen bewusster mit Trinkwasser aus der Leitung um. Sie bauen sich Spartasten an die WC-Spülung, stellen Regentonnen in den Garten.

Und das Dankeschön? Die Gebühren werden munter erhöht. Sicher, die Sanierung der vielen Kilometer Kanalisation und der Bau neuer Kläranlagen kosten viel Geld. Die riesige Verwaltung, die dabei mitfinanziert werden muss, aber auch. Bevor die Gebühren erhöht werden, weg mit den Behörden-Wasserköpfen!

Unsere Meinung dazu:

Sage niemand, nur Einzelne würden so denken. Zunehmend mehr Menschen verlangen, dass mit dem ewigen Abzocken der Bürger endlich Schluss gemacht wird. Deshalb sind wir auch sicher, dass die DKP eine richtige Entscheidung getroffen hat, als sie im Stadtrat gegen die Gebührenerhöhung stimmte.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

32 Mio. Euro Defizit wirken wie ein Bleiklotz am Finanzbein der Stadt

Am 12. Dezember wurde über den städtischen Haushalt 2007 diskutiert. Da knapp vier Wochen vorher ein Nachtrag für 2006 verabschiedet und bei dieser Gelegenheit schon vieles gesagt worden war, konnte sich der DKP-Sprecher auf wichtige Punkte konzentrieren, welche das Nein zum Etat begründen.

Anknüpfend an die Aussage des Kämmerers, dass Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zum Teil auf Einmal-effekte zurückzuführen sind und dies „kein Indiz für eine spürbare und dauerhafte Entlastung“ sei, erklärte Franz Hertel, dass es der DKP schwer falle, den viel strapazierten „Silberstreif am Horizont“ zu erkennen. Was manche als Silberstreif deuteten, sei nichts anderes als Nebel, den die CDU-Oberer produzieren, um von den Folgen einer verfehlten Landespolitik abzulenken.

Hertel erinnerte daran, dass der „Saarländische Städte- und Gemeindegtag“ Ende November 2000 ein Weißbuch zur kommunalen Finanzlage vorgelegt und damit einen Hilferuf zur Rettung der saarländischen Kommunen verbunden hat. Daran habe sich bis heute nichts Wesentliches geändert. Noch schlimmer: Die Regierung halte sich teilweise auf Kosten der Gemeinden schadlos.

So werden den saarländischen Städten und Gemeinden beachtliche Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich vorenthalten: Nachdem die Kommunen bereits in 2006 um 20 Millionen Euro

geprellt worden sind, kassiere die Landesregierung in diesem Jahr weitere 21 Millionen Euro aus der kommunalen Finanzmasse.

Wir meinen: Es ist unverschämt und verantwortungslos, wenn das Land mit dem Hinweis auf Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer sofort dazu übergeht, den Rahm für sich abzuschöpfen. Die DKP unterstützt ausdrücklich die Aussage von Herrn Nospers, dem Geschäftsführer des saarländischen Städte- und Gemeindegtags, dass es für die Landesregierung „keine Veranlassung“ gibt, sich „in zunehmendem Umfang aus dem kommunalen Topf zu bedienen“.

Unbestreitbar ist, dass die städtische Haushaltswirtschaft von äußeren Einflüssen dominiert wird.

Da sehen wir Kommunisten vor allem die wirtschaftliche Entwicklung, die zwar gewisse Aufwärtstendenzen erkennen lässt, aber trotz gestiegener Gewerbesteuereinnahmen noch nicht die finanzielle Wende für die Kommunen bedeutet. Dazu Franz Hertel:

Noch macht sich vor allem die Massenarbeitslosigkeit mit allen Folgen für die Betroffenen und die Kommunen bemerkbar.

Noch haben die Städte und Gemeinden kein Geld, um nachhaltige Investitionen in den Straßen- und Gehwegausbau oder in die Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen vornehmen zu können.

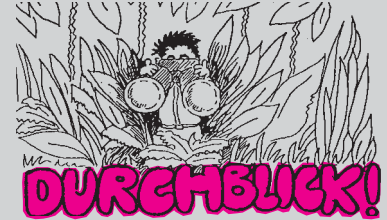
Noch stehen wir unter dem Zwang, wie der Kämmerer ausdrücklich betont, dass die „Durchführung von Maßnahmen sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt auf das Notwendigste zu beschränken“ ist.

Wir sehen aber auch die von oben diktierte Vorgabe, wonach die Kommunen ihre wachsenden Aufgaben bei äußerster Sparsamkeit umsetzen sollen, was aber, weil die „Sparpotentiale“ weitgehend ausgereizt sind, nur möglich ist, wenn Personal und Leistungen schrittweise eingeschränkt und die Bürger stärker an den Kosten beteiligt werden.

Püttlinger Finanzpolitik

Die DKP nennt Dinge, über welche die Mehrheitspartei am liebsten schweigt.

Wir helfen beim



„Wir müssen sparen, die öffentlichen Kassen sind leer“. Dieses Dauerargument widerlegte der DKP-Sprecher und er zeigte auf, wie verlogen und hinterhältig die Politik der Großen Koalition ist. Steuerexperte Lorenz Jarras, einst Mitglied der Kommission zur Reform der Unternehmenssteuern, erklärte vor einigen Monaten in einem Interview:

„Der Staat hat sich selbst bankrottiert. Deutschland ist das einzige Land innerhalb der EU-15-Länder, wo die tatsächliche Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen ist. Die neuen Zahlen der EU zeigen, dass die tatsächliche Belastung dieser Einkommen nur noch bei rund 20 Prozent liegt, in allen anderen EU-Ländern ist sie mindestens bei 25, in vielen Ländern bei 30 Prozent. Und das ist der wesentliche Grund, weshalb Deutschland dieses hohe Haushaltsdefizit hat“.

Mit anderen Worten heißt das: Wenn die großen Kapitalgesellschaften und Vermögensbesitzer endlich stärker zur Steuerkasse gebeten würden, könnte auch den Kommunen mehr geholfen werden.

Voraussichtlich wird das Haushaltsjahr 2007 mit einem Fehlbedarf von 32,4 Millionen Euro abschließen. Das ist eine gewaltige Belastung, die nicht nur immense Zinszahlungen zur Folge hat, sondern auch wie ein Bleiklotz am Finanzbein unserer Stadt hängt und die Umsetzung notwendiger Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen nahezu unmöglich macht. Wenn die Städte und Gemeinden finanziell gesunden sollen, führt nichts an einer politischen Wende vorbei. Dazu will die DKP mit ihrem Wirken beitragen.

Sommerbiathlon

Hertel sagte, warum die DKP gegen diesen Luxus stimmt:

„In einer Situation, wo der Begriff **Notwendigkeit** oberste Priorität haben muss, wie der Kämmerer in seiner Vorlage betont, halten wir es für unverantwortlich, dass in den nächsten vier Jahren jeweils 30.000 Euro für die Veranstaltung Sommerbiathlon ausgegeben werden, wobei noch 10 bis 15.000 Euro dazu gerechnet werden müssen, die als kostenlose Leistungen durch den Eigenbetrieb Technische Dienste erbracht werden. Außer einer imaginären Werbung käme für die Stadt wenig heraus. Nach unserer Meinung ist nicht einzusehen, dass die Steuerzahler hier noch zulegen müssen, während der private Veranstalter den Gewinn kassiert“.

Bildung bestimmt immer stärker das gesellschaftliche Leben:

Ein Beitrag aus Experten-Sicht



In ihrer Weihnachtsausgabe brachte die Saarbrücker Zeitung die obige Schlagzeile auf der Titelseite. Spätestens damit ist öffentlich klargestellt, dass die Bildungspolitik zu einer bedeutsamen Frage geworden ist, an der niemand mehr vorbeikommt.

Und wenn man sich dann noch in Erinnerung ruft, dass die „Sitzenbleiber“-Quote im Saarland mit 3,2 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt liegt (SZ 2.2.06) und die Abiturientenquote in unserem Land an viertletzter Stelle der Republik (SZ 14.9.06) rangiert, dann wird deutlich, dass in der saarländi-

Ganztagschulen - Motor einer Bildungsreform

Peter Balnis (Foto), Bildungsexperte aus Saarbrücken, der am Berliner Kongress teilnahm, schreibt in einem umfangreichen Beitrag der Zeitschrift „Marxistische Blätter“ über die Bedeutung von Ganztagschulen. Wir wollen unseren Lesern größere Auszüge daraus nicht vorenthalten.

Immer mehr Befürworter

„Die Zahl der Ganztagsschul-Befürworter ist enorm angewachsen. Die Mehrheit der Eltern (nach unterschiedlichen Umfragen ca. 80%) ist dafür. Auch Schüler können sich zunehmend für Ganztagschulen erwärmen. Die Gewerkschaften machen sich dafür stark, und alle Parteien haben sie in ihre bildungspolitischen Programme aufgenommen. Bemerkenswerte Positionen kommen aus der Wirtschaft, und Befürworter finden sich selbst dort, wo Ganztagschulen noch vor wenigen Jahren als Frontalangriff auf das heilige Familienleben gesehen wurden, nämlich bei den C-Parteien und in den Kirchen.

Nicht nur die Stimmung hat sich verändert, auch die Anzahl der Ganztagschulen hat sich in deutlich vergrößert. Dazu hat auch das Investitionsprogramm für ganztägige Bildung

schon Bildungspolitik unbedingt eine Kursänderung notwendig ist.

In diesem Zusammenhang soll auch Hans-Werner Sinn erwähnt werden. Der Chef des Münchner ifo-Instituts hat sich schon vor Jahresfrist für eine neue Diskussion über die Gesamtschule ausgesprochen, denn: „Das dreigliedrige Schulsystem, mit dem wir weltweit nahezu allein stehen, passt nicht mehr in die heutige Zeit“, schrieb er in einem Beitrag für die „Wirtschaftswoche“.

Dass die neue Schule ganztags betrieben werden soll, findet immer mehr Zustimmung. Nicht zuletzt wurde das auf dem letztjährigen Ganztagschulkongress des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Berlin deutlich. Zahlreiche Projektpräsentationen und Workshops belegten eindrucksvoll, dass sich tausende von Schulen auf den Weg gemacht haben zu einer neuen, ganztägigen Schulkultur.



und Betreuung (IZBB) der Bundesregierung beigetragen. Seit dem Jahre 2003 werden insgesamt 4,3 Mrd. Euro für ganztägige Bildung und Betreuung investiert.

Stehen wir vor einem Systemwechsel in der Schulpolitik?

Das bundesdeutsche Halbtagschulwesen ist international betrachtet ein historisch überholter Sonderweg. In Europa haben nur noch Griechenland und Österreich keine Ganztagschulen.

Die Formen und Konzepte ganztägiger Bildung und Erziehung sind allerdings sehr unterschiedlich“.

Peter Balnis sieht **viele Gründe** für den Ausbau ganztägiger Bildung und Erziehung, die sich in fünf Gruppen zusammenfassen lassen.

1. Grund: Lebensbedingungen

Eine erste Gruppe geht von Umgestaltungen im Erwerbs- und im Familienleben aus. Dazu zählen die zunehmende Erwerbstätigkeit beider Eltern, der wachsende Anteil von Einzelkindern, eingeschränkte Verwandtschaftsbeziehungen und die Erosion familiärer Betreuungsnetze – u. a. weil auch immer mehr Omas berufstätig sind.

In der Wirtschaft gibt es ein Interesse an qualifizierten Frauen. Andererseits wächst die Notwendigkeit, dass beide Eltern berufstätig sind, um das Familieneinkommen einigermaßen zu sichern. Berufstätige wollen ihre Kinder gut versorgt wissen. Die bisherige Arbeitsteilung zwischen Schule und Familie verändert sich. Von Ganztagschulen wird erwartet, dass sie einen entscheidenden Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.

2. Grund: Freizeitverhalten

Ein zweiter Begründungszusammenhang hat die veränderte Freizeit von Kindern und Jugendlichen im Blick. Dazu gehören die wachsende Bedeutung von Medien und Freizeitkommerz, schwindende Möglichkeiten für aktives und eigenverantwortliches Handeln, Verlust von Spiel-, Treff- und Erfahrungsräumen im Wohnumfeld und Auflösung nachbarschaftlicher Kinderöffentlichkeiten.

Kinder und Jugendliche können heute weniger Gemeinschaft erleben: eine wachsende Zahl bleibt immer länger sich selbst überlassen. Schulen werden wichtiger für die sozialen Beziehungen. Sie sind heute die zentralen Orte, an denen Kindern und Jugendliche zueinander in Kontakt kommen, Geselligkeit pflegen und Beziehungsnetze ausbauen.

Ganztagschulen bieten mehr Möglichkeiten, Leute kennen zu lernen, Freundschaften zu schließen, Zuwendung und Vertrauen zu erfahren, Aktivitäten auszuprobieren und sich darzustellen. Von Ganztagschulen werden daher eine anregende Freizeitgestal-

tung, Stärkung sozialer Kompetenzen und eine umfassende pädagogische Begleitung erwartet.

3. Grund: Lernleistungen

Ein dritter Begründungszusammenhang bezieht sich auf die Lernleistungen. Gerade das schlechte Abschneiden deutscher Schüler bei der PISA-Studie gab dazu neue Impulse. Bei diesem internationalen Vergleich der Kompetenzen von 15jährigen zeigte sich, dass diejenigen Länder besonders gut abgeschnitten haben, in denen Kinder und Jugendliche den ganzen Tag zur Schule gehen.

Ganztagschulen können vielfältige Lernformen und unterschiedliche Bildungszugänge nutzen sowie über Unterricht hinausgehende Bildungsanregungen bieten. Dadurch, dass statt voll gepackten Vormittagen Anspannung und Entspannung über den ganzen Tag verteilt werden, kann Lernen besser mit dem Biorhythmus koordiniert werden. Von Ganztagschulen wird daher erwartet, dass sie das Lernen effektivieren und die Lernleistungen steigern.

4. Grund: Integration fördern

Eine vierte Gruppe von Gründen bezieht sich darauf, dass ein zu großer Anteil an Jugendlichen, darunter überproportional viele mit Migrationshintergrund, die Schulen mit unzureichenden Kenntnissen und Kompetenzen verlässt.

Ganztagschulen haben vielfältige Möglichkeiten, neugierig zu machen und Lernen zu motivieren. Sie können unterschiedliche Fähigkeiten der Schüler - auch diejenigen, die nicht ins Korsett von Schulfächern passen - besser fördern. Sie können Lernproblemen gezielter helfen und persönliche Unterstützung durch Pädagogen gewährleisten. Durch längeres Zusammensein können sie mehr zur sprachlichen und sozialen Integration von Kindern aus Migrantenfamilien beitragen. Von Ganztagschulen wird daher erwartet, dass sie bei Lernproblemen helfen und vielfältig fördern.

5. Grund: Bildungsprivilegien

Ein fünfter Begründungszusammenhang bezieht sich auf die in Deutschland extrem starke Abhängigkeit der Bildung von sozialer Herkunft und auf die Zementierung von Bildungsprivilegien durch das Schulwesen.

Ganztagschulen können sozial Benachteiligten Bildungsgelegenheiten bieten, die diese in ihrem familiären Umfeld aufgrund prekärer Lebensbedingungen nicht haben (z.Bsp. störungsfreie Lernorte, viele Bücher, Internetzugang). Die Privatschulen, auf denen die herrschende Klasse ihre eigenen Kinder schicken, sind überwiegend Ganztagschulen mit exzellentem pädagogischem Angebot.

Öffentliche gebührenfreie Ganztagschulen könnten den Zugang zu hochwertigen Bildungsgelegenheiten verbreitern. Von Ganztagschulen wird daher erwartet, dass sie Bildungsprivilegien abbauen und die Bildungschancen sozial Benachteiligter erhöhen.

Es gibt also ein ganzes Bündel guter Gründe für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen. Sie sprechen insgesamt dafür, das Thema Ganztagschulen nicht auf einzelne Aspekte zu reduzieren, sondern als bildungsreformerisches Gesamtprogramm zu betrachten.

Sicher werden nicht alle Begründungen von allen, die sich für Ganztagschulen aussprechen, geteilt. Aber es gibt einen Konsens darüber, **dass Ganztagschulen mehr sind als Betreuung am Nachmittag** für Kinder berufstätiger Eltern, dass sie vielmehr Chancen bieten, das Schulsystem insgesamt zu verbessern. Der Übergang zu einem Ganztagschulwesen wäre ein bedeutender bildungspolitischer Reformschritt.

Wie sieht es derzeit mit Ganztagschulen in Deutschland aus?

Nach dem Investitionsprogramm Zukunft für Bildung und Betreuung beziehen insgesamt 5.755 Schulen, d. h.



Eine Schule für alle!

Unter www.marxistische-blaetter.de (Ausgabe 6/2006) kann der Beitrag von Peter Balnis abgerufen werden, den wir auszugsweise veröffentlichen.

rund ein Drittel aller Schulen, vom Bund Geld, weil sie sich irgendwie ganztägig entwickeln wollen. Diese Mittel sind aber nur für Baumaßnahmen vorgesehen, nicht für Personalausgaben und pädagogische oder didaktische Maßnahmen. Das ist bekanntlich Ländersache. Und weil die Bundesregierung darauf verzichtet hat, Standards für Ganztagschulen festzuschreiben, ist mit diesem Geld auch reichlich Missbrauch getrieben worden, indem es z.B. für längst überfällige Dacherneuerungen von Turnhallen, zur Ausstattung von Schulbibliotheken oder zur Einrichtung von Bistros an achtjährigen Gymnasien genutzt wurde.

Wie Peter Balnis nachweist, ist es mit echten Ganztagschulen noch nicht weit her. Die meisten sind eigentlich nur „Betreuungsschulen“, womit man den Erfordernissen moderner Bildungspolitik nicht gerecht wird. In der nächsten Ausgabe bringen wir eine Fortsetzung dieses Beitrages.

Neuer Eigenbetrieb „Technische Dienste Stadt Püttlingen“:

DKP machte sich die Zustimmung nicht leicht

Bekanntlich nahm der Stadtrat in seiner Mai-Sitzung die geplante Neuorganisation der Verwaltung zur Kenntnis und erteilte der Bildung eines Sparten-Eigenbetriebes die Zustimmung. Nur die DKP sagte Nein, weil viele Fragen offen geblieben waren. Ein wichtiger Kritikpunkt betraf die Finanzausstattung der Kommunen, welche völlig ausgeklammert wurde. Leider sahen Verwaltung und Mehrheitsfraktion keine Veranlassung, diese Thematik auch nur ansatzweise in ihre Überlegungen einzubeziehen. So standen und stehen vornehmlich Fragen einer höheren Leistungsfähigkeit der Verwaltung und effektiverer Nutzung von Ressourcen im Mittelpunkt. Uns fehlt aber der Glaube, dass damit allein eine Gesundung der Stadt erreicht werden kann.

Durch den damaligen Ratsbeschluss sind aber Tatsachen geschaffen worden, an denen sich die DKP nicht vorbeidrücken wollte und konnte. Es galt also die Frage zu beantworten, wie wir uns gegenüber dem neuen Eigenbetrieb verhalten werden. Nach langer Diskussion und obschon es weiterhin Bedenken und offene Fragen gibt, entschied sich die DKP-Fraktion, der Gründung des Eigenbetriebes Technische Dienste die Zustimmung zu geben und die Betriebssatzung zu akzeptieren.

Der Stadtrat hat nun am 12. Dezember den Beschluss über die Gründung des Eigenbetriebes „Technische Dienste Stadt Püttlingen“ einstimmig gefasst. Diese neue Einrichtung soll die bisherigen Eigenbetriebe: Abwasserwerk, Gebäudewerk und Trimmtreff Viktoria mit dem bisherigen Bauamt der Stadt zusammenfassen.

Die Verwaltung hatte ausführlich erklärt, wie der neue Eigenbetrieb organisiert werden soll. In den Erläuterungen wird auch darauf verwiesen, dass man „Synergien nutzen“ und Ressourcen

„effektiver einsetzen“ will. Für diese verbalen Vorgaben gibt es jedoch keine bezifferbaren Angaben. So stellte die DKP einige Fragen: Welche konkreten Vorteile bringt die neue Konstruktion gegenüber der bisherigen Situation? Wie hoch sind die Einsparungen? In welchen Bereichen? Wie ist die Wirkung auf die Personalsituation? Wie wird sich die Stadt künftig entwickeln?

Die Verwaltung führte dazu aus, dass z.B. Einsparungen bei Räumlichkeiten und Mieten zu erwarten seien, kürzere Wege und eine „flachere Hierarchie“ in der Verwaltung könnten den Arbeitsablauf beschleunigen, auf längere Sicht würden Freiräume für neue Aufgaben geschaffen, es könne auch Personal gespart werden. Das ließ die DKP allerdings aufhorchen. Wir sehen hier mögliche Gefahren für den Personalbestand und werden mit Argusaugen darauf achten, dass keine Arbeitsplätze beseitigt werden. Aber auch Versuchen zur Privatisierung städtischer Dienstleistungen werden wir uns widersetzen.

Die DKP nahm zustimmend zur Kenntnis, dass der Eigenbetrieb Technische Dienste ein kommunales Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sein soll und nach der Eigenbetriebsordnung geführt wird. Stadtrat und Werksausschuss bleiben die Entscheidungsträger, was wir ausdrücklich begrüßen. Wir verkennen auch nicht, dass sich viele Aufgaben, für die bisher verschiedene Ämter in der Stadtverwaltung zuständig waren, künftig beim neuen Eigenbetrieb konzentrieren und eine Führung nach kaufmännischen Gesichtspunkten gewährleistet werden soll.

Dass die Verwaltung noch keinen eigenständigen Wirtschaftsplan für den neuen Eigenbetrieb vorlegen konnte und auch die Eröffnungsbilanz weiter auf sich warten lässt, wurde von der DKP kritisch vermerkt.



Im Kollerbacher Rathaus hat der Eigenbetrieb „Technische Dienste Stadt Püttlingen“ seinen Sitz.

Einige Änderungen der Geschäftsordnung

Die Gründung des Eigenbetriebes Technische Dienste machte auch Änderungen der Geschäftsordnung des Stadtrates notwendig. Den erforderlichen Neuerungen stimmte die DKP-Fraktion zu, weil sie sich zwangsläufig aus dem geänderten Organisationszuschnitt der Verwaltung ergeben.

Dennoch wollte die DKP nicht unerwähnt lassen, dass die Übertragung aller Aufgaben, die bisher im Bau- und Umweltausschuss bewältigt wurden, an den neuen Werksausschuss dessen Aufgabenbereich stark ausweiten und zu einer immensen Arbeitsbelastung führen werden. Deshalb wurde die Verwaltung aufgefordert, dies unbedingt bei der Termin- und Themenplanung zu berücksichtigen.

Im Hauptausschuss bleibt die Besetzung wie bisher: Franz Hertel und Fritz Kuhn für die DKP.

Im neuen Werksausschuss sind Franz Hertel und Hans Schwindling als Vertreter der DKP.

Im neuen Kultur- und Schulausschuss wird die DKP durch Edith Albert und Dina Hertel repräsentiert.

Im Rechnungsprüfungsausschuss ist für die DKP Hans Schwindling (wie bisher), neu ist Ingrid Kuhn.

unsere zeit
Zeitung der DKP

uz
unsere zeit
sozialistische Monatszeitschrift

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

Alle 8 Informationen
Kommunistischer Verlag, Dreyer
Hauptstraße 19
68127 Essen
Tel.: 0201 44 85 482
E-Mail: uz@kpv-ess.de



Beim Neujahrsempfang der Stadt Püttlingen wurde an die Tradition früherer Jahre angeknüpft, ehrenamtlich tätige Menschen unserer Stadt öffentlich zu ehren. Diesmal waren Frauen und Männer aus kulturtreibenden Vereinen an der Reihe, sie wurden für hervorragendes Engagement in ihren Organisationen und im Dienste der Kultur mit einer Urkunde ausgezeichnet. Die DKP-Fraktion spricht den Ausgezeichneten ihre Anerkennung aus.

Kürzung von Mitteln für die Feuerwehr:

CDU gegen gemeinsame Resolution

Von der SPD-Fraktion war eine Resolution beantragt worden, die sich gegen die Kürzung von Mitteln der Feuerschutzsteuer für die Feuerwehr ausspricht. Die DKP unterstützte den Vorschlag, auch die FDP plädierte dafür, nur die CDU legte sich quer. Damit wurde eine gemeinsame Willensäußerung des Rates gegen die Umleitung von Feuerwehrgeldern an den „Katastrophenschutz“ verhindert.

Schon beim Nachtragshaushalt im November hatte die DKP das Thema angesprochen. Nun wiederholte ihr Redner, dass es nicht für die Landesregierung spreche, wenn 10 Prozent aus der Feuerschutzsteuer an den Katastrophenschutz umgeleitet werden. Zu Recht

würden die Feuerwehren darin einen gravierenden Einschnitt sehen, der sich bei der Neuanschaffung von Feuerwehrfahrzeugen negativ auswirkt. Die DKP vertrete die Meinung vieler Wehrleute, wonach sich Kürzungen bei den Feuerwehren zu Lasten der Sicherheit der Bürger auswirken. Wir sind dafür, die Förderung von Brandschutzzwecken im bisherigen Umfang weiterzuführen.



Kurz und knapp

Beim Stellenplan der städtischen Bediensteten für das Jahr 2007 ist nicht zu übersehen, dass dieser vor allem durch die geänderte Organisationsstruktur geprägt ist und sich infolge des neuen Tarifvertrages im Öffentlichen Dienst viele Abweichungen ergeben. Da die Zahl der ausgewiesenen Stellen insgesamt nahezu gleich geblieben ist und die kommunale Frauenbeauftragte sowie der Personalrat zugestimmt haben, sah die DKP keine Probleme, dem Stellenplan 2007 das Ja-Wort zu geben.

*

Eindringendes Wasser gefährdet die Bausubstanz der Burg Bucherbach. Diesen Hinweis von Bürgern erwähnte die DKP im Rat (siehe Seite 1) unter dem Punkt Mitteilungen.

Das Fehlen einer Beleuchtung am Container-Standplatz nahe der Pater-Eberschweiler-Schule war ein weiterer Punkt, den die DKP im Stadtrat nannte. Es geht dabei um eine Abkürzung, die von der mittleren Goethestraße hinter den Häusern entlang, dann an den Containern vorbei zur P.E.-Schule führt. Der Weg wird von Schulkindern und Sporthallenbesuchern gerne benutzt, ist aber in der dunklen Jahreszeit nicht sicher zu begehen. Eine Beleuchtung wird daher von Bürgern befürwortet.

Beide Eingaben wurden in Meldungen der Saarbrücker Zeitung bedacht, allerdings mit falschen Angaben. Erst auf Intervention wurde nachgetragen, dass beide Bürgerhinweise von der DKP aufgegriffen worden sind.

*

Neujahrsempfänge sind gute Gelegenheiten, um mit Vertretern von Vereinen und Organisationen gute Kontakte zu pflegen. Viele persönliche Gespräche ergeben sich bei solchen Gelegenheiten. Deshalb nahm der DKP-Fraktionsvorsitzende zahlreiche Einladungen an, so zum Neujahrsempfang beim Personalrat der Stadt Püttlingen, beim Schützenverein Herchenbach, bei der ESH und dem DJK Püttlingen.

CDU mißbraucht ihre Mehrheit, um DKP und FDP auszuschmieren:

Fragwürdige Kraftmeierei an Stelle von Vernunft

Anfang November hatte der Püttlinger Stadtrat der Gründung eines Zweckverbandes „Wertstoffhof Köllertal“ einstimmig zugestimmt. Für die DKP begrüßte Hans Schwindling ausdrücklich diese Bildung. Knapp sechs Wochen später sollte der Rat über die Wahl von Vertretern für die Verbandsversammlung entscheiden. Diese setzt sich neben den Bürgermeistern aus jeweils vier Ratsmitgliedern aus den drei Köllertalgemeinden zusammen. Der DKP-Fraktionsvorsitzende erklärte dazu:

„Wir würden es begrüßen, wenn eine einvernehmliche Lösung zwischen allen Fraktionen erzielt würde und je Fraktion ein Vertreter bestimmt werden könnte. Es würde demokratischen Prinzipien am meisten entsprechen, wenn die CDU nicht auf ihrer Majorität bestehen und ein gedeihliches Miteinander aller Fraktionen in dieser Verbandsversammlung ermöglichen würde“.

Aber mit Vernunft ist bei dieser Ratsmehrheit nichts zu machen.

CDU-Sprecher Hubertus bemühte sogar den „Wählerwillen“ und bestand darauf, nach d'Hondt zu entscheiden. Das führte dazu, dass DKP und FDP ausgeschmiert wurden, während die CDU drei Sitze kassierte und die SPD mit einem Vertreter dabei ist.

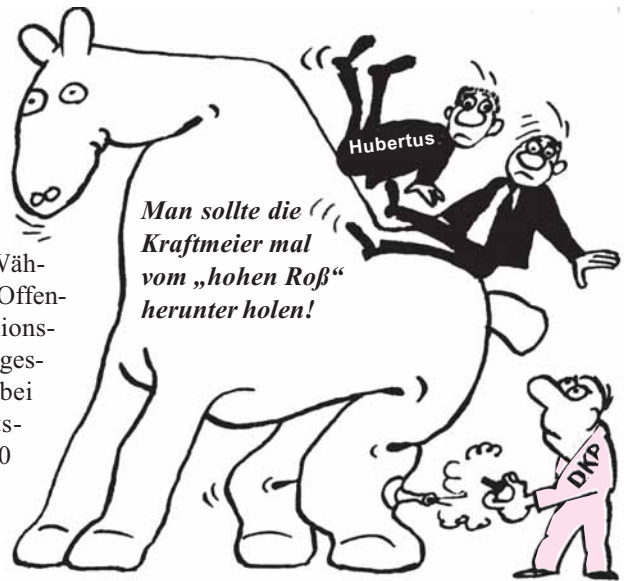
Der gleiche Hubertus, der bei Haushaltsberatungen nicht müde wird, die Oppositionsparteien zu nötigen, doch

unbedingt einmütig dem Etat zuzustimmen, wollte in diesem Falle von Einmütigkeit rein gar nichts wissen.

Heuchelei war es auch, sich auf den Wählerwillen zu berufen. Offensichtlich hat der Unions-Kraftmeier schon vergessen, dass die CDU bei der letzten Stadtratswahl „nur“ noch 30 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnte. Eine deutliche Mehrheit, darunter über 40 Prozent Nichtwähler, wollten von den „Christdemokraten“ partout nichts wissen.

Eine obskure Rolle spielte Bürgermeister Speicher bei dieser Inszenierung. Ausdrücklich bejahte er eine Abstimmung nach d'Hondt, obwohl es den Interessen der Stadt dienlicher gewesen wäre, alle vier Ratsparteien zu berücksichtigen. Ein diesbezügliches Veto hätte dem Bürgermeister, der doch ein überparteilicher Sachwalter der Stadt sein sollte, gut zu Gesicht gestanden.

Obwohl die Verbandsversammlung keine grundsätzlichen Entscheidungen fassen kann (das ist den Stadt- bzw. Gemeinderäten vorbehalten!) und sich die CDU mit einem Nachgeben nichts an-



getan hätte, bestand sie auf der Ausgrenzung der „kleinen“ Parteien. So sieht also die „Demokratie Marke Püttlingen“ aus: reine Machtpolitik! Damit muss endlich mal Schluss sein.

Probleme, wenn die Container überquellen



DKP-Ratsmitglied Fritz Kuhn hat im Stadtrat kritisiert, dass viele Containerstandplätze in Püttlingen ständig überlastet sind.

Dadurch komme es immer wieder vor, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Wertstoffe neben den Containern lagern. Die Verwaltung möge doch die zuständige Entsorgungsfirma darauf hinweisen, im Sinne des Umweltschutzes und einer sauberen Stadt die Container öfter zu entleeren.

Der Bürgermeister erklärte, dass die Problematik der überfüllten Container bekannt sei und diesbezüglich schon wiederholt bei der Entsorgungsfirma interveniert wurde. Er könne aber kein Verständnis aufbringen, wenn Wertstoffe unsachgemäß, sprich: neben die Container, entsorgt würden.

Dennoch gilt die Aufforderung, stärker zu kontrollieren und für rechtzeitige Leerung zu sorgen.

Das große Volksfest der Linken in Deutschland. Mit einem Riesenprogramm. Mit vielen Diskussionen und Informationen. Interesse geweckt? Dann vormerken und im E-Mail nachsehen: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de